



Staatsverschuldung 2026: Deutschland droht mehr für Zinsen als für Investitionen auszugeben

Ute Pappelbaum

Deutschland nimmt immer mehr Schulden auf, um die Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen. Doch die neue Finanzprojektion des Stabilitätsrates zeigt, wie teuer dieser Kurs werden könnte. Bis 2030 sollen die Zinsausgaben auf 124 Milliarden Euro steigen und damit die staatlichen Sachinvestitionen übertreffen. Zugleich wachsen die Haushaltsdefizite, während die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ungelöst bleibt.

Noch ist das eine Projektion. Doch sie zeigt, wie eng die Spielräume der Finanzpolitik bereits geworden sind. Denn die Bundesregierung setzt auf höhere Staatsausgaben, um Versäumnisse bei Infrastruktur und Verteidigung aufzuholen und gleichzeitig die Konjunktur anzukurbeln. Ob daraus eine dauerhaft höhere Wirtschaftsleistung entsteht, ist allerdings keineswegs ausgemacht. Die Zinsverpflichtungen, die mit der zusätzlichen Verschuldung verbunden sind, werden dagegen über Jahre in den Haushalten stehen.

Der Stabilitätsrat hat diese Entwicklung auf seiner Sitzung am 12. Oktober 2026 untersucht und kommt zu einer wenig beruhigenden Einschätzung. Die öffentlichen Defizite steigen deutlich stärker als noch im vergangenen Jahr erwartet, die europäischen Stabilitätsgrenzen werden über längere Zeit überschritten und die notwendigen Einsparungen sind zum Teil noch gar nicht konkretisiert. Damit gewinnt eine Frage an Bedeutung, die sich bereits angesichts der [wachsenden](#)

[europäischen Staatsverschuldung](#) gestellt hat: Wer soll die zusätzlichen Verpflichtungen künftig erwirtschaften?

Wenn die Zinslast schneller wächst als die Investitionen

Die Größenordnung wird erst im zeitlichen Vergleich deutlich. Im Jahr 2025 lagen die Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts bei 52,1 Milliarden Euro. Für 2026 werden bereits 64,5 Milliarden Euro erwartet, bis 2030 sollen es 124 Milliarden Euro sein. Innerhalb von fünf Jahren wäre das ein Anstieg um rund 138 Prozent.

Die Sachinvestitionen entwickeln sich wesentlich verhaltener. Von 112,1 Milliarden Euro im Jahr 2025 sollen sie auf 118,5 Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht nominal gerade einmal rund sechs Prozent über den gesamten Zeitraum. Zwar umfasst diese Position nicht sämtliche investiven Ausgaben des Staates, insbesondere keine

investiven Zuschüsse. Der Vergleich macht dennoch deutlich, wie stark die Finanzierung bestehender Verpflichtungen künftig mit den Ausgaben für neue Sachanlagen konkurrieren könnte.

Die steigende Zinsbelastung trifft zudem auf Haushalte, deren Einnahmen nicht im gleichen Umfang wachsen wie ihre Ausgaben. Bereits im ersten Halbjahr 2026 erreichte das [öffentliche Defizit 98,8 Milliarden Euro](#), während die Sachinvestitionen zunächst stagnierten. Die neue Projektion unterstellt für die kommenden Jahre zwar höhere Investitionen, zugleich aber auch eine erhebliche zusätzliche Kreditaufnahme.

Für den öffentlichen Gesamthaushalt ohne Sozialversicherungen rechnet der Stabilitätsrat 2026 mit einem Finanzierungsdefizit von rund 215 Milliarden Euro. Bis 2030 könnte es auf 260,5 Milliarden Euro steigen. Die wachsende Verschuldung ist damit keine vorübergehende Erscheinung eines einzelnen Haushaltsjahres, sondern bereits Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung.

Die Schuldenquote steigt, obwohl Deutschland die europäischen Grenzen kennt

Noch 2025 lag das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit nach revidierten Angaben bei 2,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit knapp unter der europäischen Obergrenze von drei Prozent. Für 2026 erwartet der Stabilitätsrat einen Anstieg auf 4,75 Prozent, im kommenden Jahr sollen es sogar 5,25 Prozent werden. Bis 2030 sinkt die Quote nach der Projektion lediglich auf 4,5 Prozent.

Auch der Schuldenstand entwickelt sich entsprechend. Während die Maastricht-Schuldenquote 2025 noch 62,8 Prozent der Wirtschaftsleistung betrug, dürfte sie 2026 auf 65,75 Prozent und bis 2030 auf 78,25 Prozent steigen. Deutschland entfernt sich damit weiter vom europäischen Referenzwert von 60 Prozent, ohne dass die Finanzplanung bislang eine Rückkehr unter diese Schwelle erkennen lässt.

Die Bundesregierung kann sich bei einem Teil ihrer zusätzlichen Ausgaben allerdings auf eine europäische Ausnahmeregelung berufen. Für die Jahre bis einschließlich 2028 wurde eine nationale Ausweichklausel aktiviert, die zusätzliche Verteidigungsausgaben bei der Überwachung des vereinbarten Nettoausgabenpfades berücksichtigt.

Das ist keineswegs bedeutungslos. Denn Deutschland überschreitet den regulären Ausgabenpfad bereits 2026 und 2027 deutlich. Nur durch die Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben bleiben die maßgeblichen Schwellenwerte des europäischen Kontrollkontos nach der Projektion zunächst gewahrt. Für 2029 wäre sogar eine Verlängerung der Ausnahme notwendig, die eigens beantragt und auf europäischer Ebene bewilligt werden müsste.

Die Maastricht-Defizitgrenze wird dadurch jedoch nicht aufgehoben. Auch nach Berücksichtigung der Sonderregelung liegen die erwarteten Defizite oberhalb von drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Finanzpolitik bewegt sich damit in einem Rahmen, in dem Ausnahmen die Einhaltung einzelner Kontrollvorgaben ermöglichen, die grundlegenden Haushaltsprobleme aber nicht beseitigen.

Der Staat investiert, während die Unternehmen zurückhaltend bleiben

Die Bundesregierung begründet die zusätzlichen Ausgaben mit dem erheblichen Nachholbedarf bei Infrastruktur und Verteidigung. Tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft seit 2019 kaum an realer Wirtschaftsleistung gewonnen. Nach Angaben des Stabilitätsrates lag das Bruttoinlandsprodukt 2025 nicht einmal ein Prozent über dem Niveau von sechs Jahren zuvor.

Im ersten Halbjahr 2026 zeigte sich zwar eine leichte Erholung, die zunächst vor allem von den Exporten getragen wurde. Für den weiteren Verlauf erwartet der Stabilitätsrat jedoch, dass steigende staatliche Ausgaben für Infrastruktur, Verteidigung und Klimaschutz einen wesentlichen Teil des Wachstums ermöglichen.

Damit stellt sich die Frage, ob die zusätzlichen öffentlichen Mittel lediglich eine schwache private Nachfrage ausgleichen oder tatsächlich eine neue Investitionsdynamik auslösen können. Denn der Staat kann Infrastruktur bereitstellen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern. Die dauerhafte Wertschöpfung, aus der Steuern und Sozialbeiträge finanziert werden, muss aber zu einem erheblichen Teil in den Unternehmen entstehen.

Gerade dort bleibt die Entwicklung ernüchternd. Die jüngste Creditreform-Untersuchung zeigt, dass die [Investitionsbereitschaft im Mittelstand auf einem 20-Jahres-Tief](#) liegt. Gleichzeitig stehen Erträge und Eigenkapitalausstattung vieler Betriebe unter Druck.

Die staatliche Investitionsoffensive trifft damit auf eine Privatwirtschaft, die selbst nur begrenzt bereit oder in der

Lage ist, zusätzliches Kapital einzusetzen. Ob öffentliche Milliardenprogramme daran etwas ändern, hängt weniger von ihrer politischen Ankündigung als von ihrer tatsächlichen Umsetzung und den daraus entstehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten ab.

Die Finanzierung der Sozialversicherung verschärft den Haushaltskonflikt

Während der Bund versucht, mit zusätzlichen Ausgaben wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen, wachsen an anderer Stelle die finanziellen Verpflichtungen. Besonders deutlich wird das bei den sozialen Sicherungssystemen, deren Reform der Stabilitätsrat ausdrücklich als Voraussetzung für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung bezeichnet.

Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor erheblichen Finanzierungslücken. Das für 2027 vorgesehene Sparpaket soll weitere Beitragserhöhungen verhindern, doch sind die geplanten Entlastungen bereits weitgehend durch die erwarteten Mehrausgaben gebunden. Auch die [Pflegeversicherung benötigt zusätzliche finanzielle Unterstützung](#), während grundlegende Strukturreformen weiterhin ausstehen.

In der gesamtstaatlichen Projektion erwartet der Stabilitätsrat für die Sozialversicherungen 2027 ein Finanzierungsdefizit von rund 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ab 2028 unterstellt die Finanzplanung wieder einen annähernd ausgeglichenen Saldo. Dass sich damit die strukturellen Probleme der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung erledigt hätten, lässt sich aus diesen Zahlen allerdings nicht ableiten.

Für den Staat entsteht ein doppeltes Problem. Zusätzliche Zuschüsse und Darlehen belasten die öffentlichen Haushalte, während steigende Sozialbeiträge die Arbeitskosten erhöhen können. Damit geraten ausgerechnet jene Unternehmen unter Druck, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit langfristig über die Finanzierung des Sozialstaates entscheidet.

Die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist deshalb längst keine isolierte Frage der Beitragsentwicklung mehr. Sie wird zu einer wesentlichen Voraussetzung dafür, dass der Staat überhaupt genügend finanziellen Spielraum für seine übrigen Aufgaben behält.

Die Finanzplanung setzt bereits Einsparungen voraus, die noch ausstehen

Wie schwierig diese Aufgabe werden dürfte, zeigt ein weiterer Blick in die Beratungsunterlagen. Die Finanzplanung des Bundes berücksichtigt für 2028 bereits Handlungsbedarfe und geplante Minderausgaben in Höhe von 33,5 Milliarden Euro. Für 2029 sind entsprechende Entlastungen von 49,5 Milliarden Euro und für 2030 von 58 Milliarden Euro eingerechnet.

Diese Beträge sind keine jährlich zusätzlich anfallenden Einsparungen, sondern beschreiben das jeweilige Niveau der vorgesehenen Haushaltsentlastung. Sie müssen in den kommenden Jahren allerdings noch durch konkrete Maßnahmen unterlegt werden.

Damit enthält die Finanzprojektion bereits erhebliche Konsolidierungsannahmen. Die erwarteten Defizite entstehen also nicht etwa unter der Voraussetzung, dass der Staat seine Ausgaben unverändert fortsetzt, sondern obwohl umfangreiche Entlastungen eingeplant sind.

Der unabhängige Beirat des Stabilitätsrates bewertet die Entwicklung entsprechend kritisch. Zwar hält er die Defizitprognosen für 2026 und 2027 für überschätzt, für die späteren Jahre erscheinen ihm die Annahmen jedoch teilweise sogar zu optimistisch. Er fordert frühzeitige Konsolidierungsmaßnahmen und vermisst in der gegenwärtigen Finanzpolitik eine ausreichend vorausschauende Ausrichtung.

Dass steigende Staatsverschuldung auch an den Finanzmärkten Folgen haben kann, zeigt die [jüngste Entwicklung in Frankreich](#). Deutschland verfügt zwar weiterhin über vergleichsweise günstige Finanzierungsbedingungen. Doch auch hier schränken höhere Zinsen und wachsende Verpflichtungen den Spielraum künftiger Haushalte ein.

Was bleibt, wenn der kreditfinanzierte Aufschwung ausläuft?

Ende November wird die Europäische Kommission erneut prüfen, ob unter anderem für Deutschland ein übermäßiges Defizit vorliegt. Die Entscheidung ist finanzpolitisch bedeutsam, beantwortet aber noch nicht die wirtschaftliche Frage, die hinter der gesamten Entwicklung steht.

Deutschland benötigt Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Verteidigungsfähigkeit. Eine höhere Staatsverschuldung kann dafür gerechtfertigt sein, wenn die finanzierten Vorhaben dauerhaft zusätzliche Produktivität und wirtschaftliche Wertschöpfung ermöglichen. Sie wird problematisch, wenn die neuen Verpflichtungen schneller wachsen als die Leistungsfähigkeit, aus der sie künftig getragen werden müssen.

Genau dieses Verhältnis gerät nach der Projektion des Stabilitätsrates zunehmend unter Druck. Die öffentlichen Zinsausgaben steigen kräftig, die Sozialversicherung benötigt Reformen, die Privatwirtschaft investiert zurückhaltend und die Finanzplanung setzt bereits erhebliche Einsparungen voraus.

Der Staat kann eine wirtschaftliche Erholung mit zusätzlichen Ausgaben anschieben. Er kann damit jedoch nicht dauerhaft ersetzen, was Unternehmen, Beschäftigte und Investoren an wirtschaftlicher Leistung erwirtschaften müssen.

Und je mehr Geld künftig für die Finanzierung vergangener Ausgaben benötigt wird, desto weniger bleibt für die Aufgaben, die eigentlich erst noch vor uns liegen.

Quellen: Stabilitätsrat, Pressemitteilung zur 36. Sitzung vom 12. Oktober 2026; Beschluss zur Einhaltung des Nettoausgabenpfades und Beratungsunterlagen vom 12. Oktober 2026, Rechenstand 3. September 2026.

Was ist der Stabilitätsrat und welche Aufgaben hat er?

Der Stabilitätsrat ist ein gemeinsames Gremium von Bund und Ländern, das die öffentlichen Haushalte in Deutschland überwacht. Er soll drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig erkennen, die Haushaltsentwicklung bewerten und die Einhaltung europäischer Fiskalvorgaben überprüfen. Ein unabhängiger Beirat unterstützt ihn mit fachlichen Stellungnahmen und eigenen Bewertungen der Finanzpolitik.

Was sind die Maastricht-Kriterien und wie hoch darf die Staatsverschuldung sein?

Die Maastricht-Kriterien legen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zentrale finanzpolitische Referenzwerte fest. Das jährliche gesamtstaatliche Haushaltsdefizit soll drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Für den öffentlichen Schuldenstand gilt ein Referenzwert von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung. Eine höhere Schuldenquote

ist nicht automatisch gleichbedeutend mit einem Verstoß gegen die europäischen Fiskalregeln, sofern die weiteren Vorgaben zur Schuldenentwicklung eingehalten werden.

Wie hoch ist die Staatsverschuldung Deutschlands 2026?

Nach der Projektion des Stabilitätsrates vom 12. Oktober 2026 dürfte die deutsche Schuldenquote im Jahr 2026 rund 65,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Für 2025 lag sie bei 62,8 Prozent. Bis 2030 könnte die Quote auf 78,25 Prozent steigen. Die Werte für 2026 bis 2030 sind Prognosen und hängen unter anderem vom Wirtschaftswachstum, der Neuverschuldung und der weiteren Haushaltsentwicklung ab.

Was ist der europäische Nettoausgabenpfad?

Der Nettoausgabenpfad legt fest, wie stark die bereinigten staatlichen Ausgaben eines EU-Mitgliedstaates innerhalb eines mehrjährigen Zeitraums wachsen dürfen. Bestimmte Ausgaben, darunter Zinszahlungen und konjunkturell bedingte Teile der Arbeitslosenleistungen, werden bei der Berechnung ausgeklammert. Abweichungen vom vereinbarten Pfad werden auf einem Kontrollkonto erfasst. Die kumulierte Überschreitung darf grundsätzlich 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen.

Warum darf Deutschland trotz Überschreitung der EU-Vorgaben zusätzliche Schulden machen?

Die europäischen Fiskalregeln ermöglichen unter bestimmten Voraussetzungen zeitlich begrenzte Ausnahmen. Für Deutschland wurde eine nationale Ausweichklausel aktiviert, die zusätzliche Verteidigungsausgaben bis einschließlich 2028 bei der Bewertung des Nettoausgabenpfades berücksichtigt. Dadurch können die Kontrollvorgaben trotz höherer Ausgaben eingehalten werden. Die Ausnahme hebt die Maastricht-Defizitgrenze von drei Prozent jedoch nicht auf und erlaubt auch keine unbegrenzte Neuverschuldung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952443/Staatsverschuldung-2026-Deutschland-droht-mehr-fuer-Zinsen-als-fuer-Investitionen-auszugeben/>